

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

11.05.2023

MdL Steffi Pulz-Debler

TOP 20

Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema

Ergebnisse der Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zum Thema Geflüchtete am 10. Mai 2023

(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen Abgeordnete,

wir leben in herausfordernden Zeiten – die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Putins auf die Ukraine, durch den wir die größte Fluchtbewegung seit dem 2. Weltkrieg erleben, die Coronapandemie, die Folgen des Klimawandels und viele weitere Krisen und Konflikte zwingen Millionen von Menschen weltweit dazu, ihre Heimat zu verlassen. Geflüchteten Schutz bieten. Kommunen unterstützen.

Mit diesem Antrag haben die regierungstragenden Fraktionen in der Landtagssitzung im März dieses Jahres klar Haltung bezogen und verdeutlicht, dass die Aufnahme schutzsuchender Menschen unsere humanitäre Verpflichtung ist, der wir nur gemeinsam, gesellschaftlich und auf allen staatlichen Ebenen verantwortungsvoll begegnen können.

Als Land übernehmen wir diese Verantwortung unter anderem dadurch, dass vom Land, anders als in den meisten Bundesländern, sowohl die Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vollständig getragen werden als auch die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die anteiligen Ausgaben für die ukrainischen Kriegsvertriebenen. Gestern kamen erneut die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Bundeskanzleramt zusammen, um vorrangig darüber zu diskutieren, wie unsere Kommunen, die die Basis guter Integration und gelebter Solidarität sind, weiter deutlich entlastet werden können.

Ganz zum Anfang meiner inhaltlichen Bewertung des Ausgangs dieses Treffens möchte ich betonen, dass ich es als ein sehr starkes und wichtiges Signal empfinde, dass sich alle Länder der humanitären Verantwortung und Verpflichtung bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten einig sind und anerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und das Themenfeld der Migration und Integration eine dauerhafte Aufgabe ist.

Einigkeit bestand auch in der Tatsache, dass es schnellere Asylverfahren unter anderem auch durch digitalisierte bzw. dringend digitalisiertere Ausländerbehörden braucht, um sowohl den Schutzsuchenden schneller Klarheit und Bleibeperspektiven zu eröffnen als auch, um die Behörden zu entlasten und damit zu stärken. Für die gestiegenen Ausgaben bei der Aufnahme von Geflüchteten stellt der Bund in diesem Jahr einmalig eine Milliarde Euro zusätzlich zur Verfügung. Das ist begrüßenswert, aber auch eine logische Forderung der Länder bei steigenden Aufnahmezahlen.

Ein striktes Beharren auf einmal gemachten Zusagen bei sich dramatisch verändernden Entwicklungen, zeugt weder von Verantwortungsbewusstsein noch von Realitätssinn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Im November soll dann über die weitere Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme verhandelt werden und das ist nur richtig.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

ich will Ihnen aber an dieser Stelle auch nicht unsere Positionen zu den im Vorfeld des gestrigen Gipfels geführten Debatten und den bekannt gewordenen Plänen zu Abschiebungen und Abschottung verheimlichen. Die Kommunen zu entlasten, indem weitere Asylrechtsverschärfungen auf EU-Ebene angestrebt werden und einem Großteil von Schutzsuchenden der Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren verwehrt wird, das hat mit europäischen und menschenrechtlichen Verpflichtungen absolut nichts gemein – und im Übrigen auch nichts mit dem Grundgesetz. Verlagert an die europäischen Außengrenzen sollen hinter Mauern und Stacheldraht sogenannte Grenzverfahren weiter ausgebaut werden. Diese sogenannten Grenzverfahren sind keine fairen Asylverfahren, denn anders als der Name es vielleicht vermuten lässt, wird in diesen Verfahren erst einmal geprüft, ob ein Asylantrag überhaupt angeschaut werden muss. In den allermeisten Fällen sagt aber die EU, dass sie den Asylantrag nicht anschauen muss und die schutzsuchende Person wird einfach zurückgewiesen, obwohl eigentlich jeder Mensch ein Recht auf ein individuelles Schutzverfahren in der EU hat. Somit stellen diese Grenzverfahren ein Asylverfahren zweiter Klasse dar, denn es ist vor allem auf Beschleunigung und Ablehnung ausgelegt.

Eine individuell wirksame und unabhängige Beratung der Schutzsuchenden ist unter diesen Umständen kaum möglich und auch der Rechtsschutz gegen im Grenzverfahren getroffene Entscheidungen wären den Plänen der Kommission zufolge stark eingeschränkt. Zudem fehlen wirksame Vorkehrungen, um besonders schutzbedürftige Asylsuchende zu erkennen und vom Grenzverfahren auszunehmen. Das zeigen bisherige Erfahrungen auf den griechischen Inseln.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen Abgeordnete,

Grundrechte von Menschen auf der Suche nach Schutz zu verletzen und Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen, nur damit weniger Menschen in der EU ankommen, das kann nicht die gemeinsame europäische Antwort sein und auch nicht die Antwort der Bundesrepublik Deutschland.

Abschottung, Abschreckung, Abschiebungen, weitere Entrechtung und das System von Massenlagern an den europäischen Außengrenzen werden nicht dazu beitragen, die Ursachen von Flucht zu bekämpfen, sondern Menschen zwingen, andere, immer gefährlichere Wege nach Europa in Kauf zu nehmen.

Abschließend möchte ich die vom thüringischen Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, geforderte Entlastung bei den Asylverfahren sowie den geforderten Spurwechsel unterstützen und in die Diskussion hier in unserem Landtag einbringen. Hier sollen beispielsweise Menschen, die seit Jahren in diesem Land leben, ohne auffällig geworden zu sein, eine Anerkennung erhalten und damit der Zugang zu tatsächlicher Integration geöffnet werden.

Meine Fraktion unterstützt die Protokollerklärung des Freistaates Thüringen. Wir brauchen einen tatsächlichen fortschrittlichen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik, statt einer Reihe aufenthaltsrechtlicher Verschärfungen, der Verlagerung von Asylverfahren an die EU-Außengrenzen und weiterer Abschottungsmaßnahmen.

Lassen Sie uns weiterdenken, pragmatisch denken, neue Herangehensweisen diskutieren und alte Gedankenmuster überwinden. Denn Ausländer sind wir fast alle, fast überall auf der Welt. Kein Mensch ist illegal.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.